

Musterklausur: Thema 6 – Die Europäische Union als internationaler Akteur

Textgrundlage: Winter, Martin: EU-Verteidigungspolitik wird zum gescheiterten Projekt, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.05.2013, www.sueddeutsche.de/politik/2.220/europaeische-einigung-eu-verteidigungspolitik-wird-zum-gescheiterten-projekt-1.1666950, Zugriff am 17.02.2015

Zum Autor: Martin Winter leitet seit 2005 das Brüsseler Büro der Süddeutschen Zeitung und berichtet schwerpunktmäßig über europäische Außen- und Sicherheitspolitik und über die NATO.

Arbeitsaufträge

- Analysieren** Sie den vorliegenden Text im Hinblick auf die vom Autor vertretene Position zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. (AFB II)
- Beschreiben** Sie strategische Aspekte der europäischen Sicherheit und **benennen** Sie Instrumente und Institutionen der GSVP, die zur Erreichung dieser Aspekte dienen. (AFB I)
- Als Möglichkeit zur Stärkung einer GSVP wird z.B. von SPD und CDU/CSU auf die Schaffung einer europäischen Armee gedrängt. **Diskutieren** Sie die Chancen und Risiken für die GSVP und berücksichtigen Sie dabei auch die Position des Autors. (AFB III)

Operatoren aus der Aufgabenstellung

analysieren:	Materialien oder Sachverhalte kriterienorientiert oder aspektgeleitet erschließen, in systematische Zusammenhänge einordnen und Hintergründe und Beziehungen herausarbeiten
beschreiben:	wesentliche Aspekte eines Sachverhaltes im logischen Zusammenhang unter Verwendung der Fachsprache wiedergeben
benennen:	Sachverhalte, Strukturen und Prozesse begrifflich präzise aufführen
diskutieren:	zu einem Sachverhalt, zu einem Konzept, zu einer Problemstellung oder zu einer These etc. eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt

M EU-Verteidigungspolitik wird zum gescheiterten Projekt

Europa ist politisch uneinig und militärisch nicht in der Lage, einen Krieg zu führen. Das zeigte spätestens der Kampf gegen islamistische Rebellen in Libyen. Anstatt ihr neues Leben einzuhauchen, steuert die EU auf einen Kollaps ihrer Verteidigungspolitik zu.

Jenseits der Turbulenzen um die Währung wird die Europäische Union von einer zweiten Krise geplagt, die Bedeutung und Einfluss der Gemeinschaft in der Welt weiter empfindlich schmälern könnte: Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU steht vor dem Scheitern. Mit Einsätzen wie gegen Piraten vor dem Horn von Afrika hat sich die EU zwar ein wenig Ansehen erworben. Doch sie ist weit entfernt von ihrem eigentlichen Ziel, einen wichtigen Baustein in einer globalen Sicherheitsarchitektur abzugeben.

[...] Was genau geleistet werden kann, darüber haben Diplomaten gerade erst in Rom beraten. Viel klüger sind sie dabei aber nicht geworden. Denn das Grundproblem der GSVP kann niemand aus der Welt schaffen: Die 27 Mitgliedstaaten der EU haben sehr unterschiedliche Vorstellungen über ihre Sicherheitspolitik und ihre Souveränität in Fragen von Krieg und Frieden. Wie es um die GSVP bestellt ist, zeigte sich in Libyen. Der Krieg dort „war eine bittere Erfahrung“, sagt der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Maciej Popowski – und zwar in jeder Hinsicht: Politisch wurde Porzellan zerschlagen, weil Frankreich und Großbritannien zum Angriff bliesen, ohne sich mit europäischen Partnern abgestimmt zu haben; und militärisch, weil selbst diese beiden interventionserprobten Länder am Ende auf amerikanische Waffenhilfe angewiesen waren. Dass die NATO dann den Einsatz übernehmen musste, machte das Desaster komplett. Die Europäer erwiesen sich nicht nur als politisch uneinig.

Auch militärisch war offenkundig geworden, dass
 40 Europa nicht einmal in der Lage ist, einen begrenz-
 ten Krieg zu führen. Europa müsse darum in seine
 Rüstung „investieren“, fordert NATO-Generalsek-
 retär Anders Fogh Rasmussen.
 [...] Libyen legte offen, was Militärexperten schon
 45 lange wissen. Die EU hat ihren 2001 aufgestellten
 Anspruch nie erfüllt: Damals hatte sie sich vorge-
 nommen, militärisch auch „ohne Rückgriff auf die
 NATO intervenieren“ zu können. [...]
 Zwar verbirgt sich hinter der GSVP der feste Wille,
 50 dass Europa bei so etwas wie den Balkankriegen
 nie wieder abseits stehen dürfe. Doch was dieses
 Europa dann genau leisten soll, blieb bis heute vage.
 Wirksame Instrumente sind deshalb nie entstan-
 den. [...]
 55 Die Staaten der EU haben keine gemeinsame Vor-
 stellung von Sicherheitspolitik. Im Vertrag von Lissa-
 bon einigten sie sich zwar auf die „schrittweise Fest-
 legung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“. Und im
 vergangenen November haben die Außen-
 60 minister Deutschlands, Frankreichs, Spaniens, Ita-
 liens und Polens auf eine „ehrgeizige“ europäische
 Sicherheits- und Verteidigungspolitik gedrungen.
 Doch schon bei der Frage, was das eigentlich sein
 soll jenseits der NATO, gibt es massive Differenzen.
 65 Paris strebt seit Jahren ein „l'Europe de défense“
 an, also eine EU, die sich nicht nur selbst verteidigen,
 sondern die auch aus eigener Kraft jenseits
 ihrer Grenzen intervenieren kann. Noch in ihrem
 im Jahre 2008 für den damaligen Präsidenten Nico-
 70 las Sarkozy angefertigten Weißbuch hofften die
 französischen Militärs auf den Lissabon-Vertrag.
 Dessen Solidaritätsklausel im Angriffsfall schien
 das Tor für die europäische Verteidigungspolitik
 weit aufzustoßen. Doch Berlin mochte sich mit dem
 75 französischen Plan nicht anfreunden. In einem von
 Sarkozys Nachfolger François Hollande angeforder-
 ten Gutachten kommt der ehemalige französische
 Außenminister Hubert Védrine zu einem bitteren
 Schluss. Deutschland und Großbritannien setzten
 80 lieber auf die USA und zögen es vor, „ihre sklavische
 oder passive Position“ in der NATO beizubehalten.

Für die Europäische Verteidigung hätten sie nur
 „Lippenbekenntnisse“ übrig. Sein Vorwurf an Deut-
 sche und Briten: Sie wollen verhindern, dass die EU
 eine Weltmacht wird. 85

Dass Paris mit dieser Einschätzung durchaus nicht
 falsch liegt, bestätigte der deutsche Verteidigungs-
 minister Thomas de Maizière auf der letzten Sicher-
 heitskonferenz in München. Deutschland, sagte er
 da, „ist ökonomisch und politisch vor allem in der 90
 EU, sicherheitspolitisch vor allem in der NATO zu
 Hause“. Berlin versucht eine Balance zwischen Pa-
 ris und London: Frankreich solle „NATO-freundlicher
 und Großbritannien EU-freundlicher werden“, so
 Maizière. 95

Das allerdings ist eine ziemlich illusionäre Vorstel-
 lung: London ist strikt gegen ein Europa der Ver-
 teidigung. Nicht einmal ein eigenes Hauptquartier
 wollen die Briten der rudimentären GSVP für deren
 Einsatz etwa bei der Piratenjagd vor der Küste Afri-
 100 kas oder bei der Ausbildung der malischen Armee
 zugestehen. London besteht darauf, dass die Sicher-
 heit des eigenen Landes, aber auch seine Fähigkeit
 zur Intervention fest in nationaler Hand bleibt. Zur
 GSVP haben sie ein Verhältnis wie die USA zur NATO:
 105 Man bedient sich ihrer, wenn es gerade passt.

Russland gilt noch immer als potenzieller Aggressor

[...] Hinzu kommen Komplikationen mit osteuropä-
 ischen EU-Mitgliedern, die Europas Sicherheitslage
 anders einschätzen als die westlichen Mitglieder. 110
 Für Balten, Polen, Ungarn oder Tschechen ist Russ-
 land immer noch ein potenzieller Aggressor, gegen
 den sie sich wappnen wollen. Die Idee, zwischen
 den Ländern zu Spezialisierungen zu kommen,
 damit nicht mehr jeder das volle Streitkräftepro-
 115 gramm auf die Beine stellen muss, gerät darum
 schnell an ihre Grenzen. „Prag dürfte kaum darauf
 verzichten, sich umfassend gegen einen russischen
 Angriff zu rüsten“, sagt ein Militärexperte in Brüssel.
 Wohl auch deswegen, weil am ultimativen Beistand
 120 gerade etwa der Deutschen gezweifelt wird. [...]

07.05.2013 von Martin Winter